

ein Sonderauftrag oder eine Sondervollmacht für Italien ausgesetzt werden würde.

Auf jeden Fall sieht man sich in die peinliche Lage versetzt, daß auch jetzt, wo die Völkerverammlung schon ihrem Ende zugeht, noch nicht einmal eine Einigung über die grundsätzliche Erklärung hergestellt werden konnte, was an sich schon ein Scheitern der viel weiter gesteckten Pläne bedeuten würde.

Man wird auch heute vormittag über die Frage weiter verhandeln und hofft, daß inzwischen Antworten der verschiedenen Regierungen eingetroffen sind, die einen Abschluß erleichtern. Nirgends ist aber das Vertrauen auf eine Lösung, die einigermassen den Erwartungen entspricht, noch sehr groß.

Missstimmung in Paris.

Italiens ablehnende Haltung in der österreichischen Frage. — Polen gibt keine Antwort zum Ostpaktvorschlag. — Der „vorläufige Litwinow“.

Paris, 27. September. Die Lage in Genf wird am Donnerstag von den Sonderberichterstattern der Pariser Presse recht pessimistisch beurteilt. Neue Gesichtspunkte werden nicht angeführt, man beschränkt sich darauf, Italien die Schuld am Scheitern der französischen Bemühungen für die österreichische Unabhängigkeit in die Schuhe zu schieben. So schreibt z. B. „Deuxième“, Italien trage eine große Verantwortung am Scheitern der Bemühungen Barthous, denn seine ablehnende Haltung und der Mißerfolg der Besprechungen ermutigte die nationalsozialistischen Bestrebungen in Oesterreich. Das Blatt glaubt außerdem zu wissen, daß Barthou in der heutigen Sitzung angesichts der englischen Haltung auf eine Erneuerung der Erklärung vom 17. Februar verzichtet werde. Was die Ablehnung des französischen Vorschlages bezüglich dieser Erneuerung durch England angeht, so nehmen die Blätter im allgemeinen noch keine Stellung dazu, da die englische Haltung erst in später Abendstunde bekannt wurde. In diesem Vorschlag, der nur ein Behelfsmittel war, und den Mißerfolg des französischen Außenministers verschleiern sollte, hat die hiesige Presse von Beginn an keinerlei ernsthafte Sicherheitsgarantie gesehen. Bertinaz schreibt im „Echo de Paris“, daß eine solche Erklärung ebenso wie die Februar-Erklärung keinen besonderen Wert habe, weil sie den Unterzeichnern keine festumgrenzten Pflichten auferlege. Es handele sich vielmehr um eine Fassade, hinter der die ursprünglichen Schwierigkeiten weiter bestehen würden. Der Außenpolitiker des Blattes sieht aber im Zustandekommen der Barthouschen Bemühungen für die Unabhängigkeit Oesterreichs die Vorbedingung für einen erfolgreichen Abschluß der Romreise Barthous.

Ueber das Ausbleiben der polnischen Antwort zum Ostpaktvorschlag zeigt man sich nach wie vor missgestimmt, obgleich mit Sicherheit damit gerechnet wird, daß diese Antwort negativ ausfallen wird. Bertinaz schreibt im „Echo de Paris“, Polen sei in einer heißen Lage, weil es zwar Nein sagen wolle, sich aber den Anschein geben müßte, als ob es weder Ja noch Nein sage.

Große Aufmerksamkeit schenkt man heute dem sowjetrussischen Vorschlag in der Abrüstungsfrage, der hier mit unvorhergesehenem Mißfallen aufgenommen worden ist. Der „Matin“ spricht von einem sowjetrussischen Mandat und erklärt, man habe den Schritt Litwinows allgemein als sehr vorlaut beurteilt, denn angesichts der besonderen Umstände, unter denen die Sowjetunion in den Völkerbund aufgenommen worden sei, hätte man nicht erwartet, daß es sich für berechtigt ansehe, die anderen Mächte in einer Frage zur Ordnung zu rufen, die überhaupt nicht auf der Tagesordnung stehe.

„Journal“ steht in dem Vorschlag Litwinows die Absicht Sowjetrusslands, eine Konferenz über die private Herstellung und den Verkauf von Waffen herbeizuführen. Das Blatt spricht von einer Auferweckung der Loten durch Litwinow. Sein Vorschlag werde jedenfalls den Erfolg haben, daß der Aufschiebung der Abrüstungskonferenz endgültiger Charakter gegeben werde. Die Außenpolitikerin des „Deuxième“, die gute Beziehungen zu sowjetrussischen Kreisen pflegt, will in dem Schritt Litwinows ein gegen Deutschland gerichtetes Mandat sehen. Der Außenkommissar wolle die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf Deutschland richten, „damit es nicht in aller Ruhe fortfahre, aufzurüsten“.

Die englische Presse zum Vorschlag Litwinows.

London, 27. Sept. (Fig. Funkmeldg.) Litwinows Andeutung, er wolle in der Völkerverammlung eine Entschlieung einbringen, in der verlangt wird, Henderson solle in der Sunitagung des Völkerbundes Bericht über die Abrüstungslage erstatten, wird in London stark beachtet. Die Genfer Berichterstatter der Presse sind aber der Meinung, daß die Entschlieung nur „zur Kenntnis genommen“ und sonst keine Folgen haben wird. Der Genfer „Reuter“-Berichter bemerkt, die Wirkung der Annahme der Entschlieung würde entweder eine Aenderung des bisherigen Verfahrens der Abrüstungskonferenz oder die Beendigung dieser Konferenz sein. Im letzteren Falle würde der Völkerbundrats die Verantwortung für die ganze Frage wieder übernehmen. Litwinow mache kein Hehl aus seiner Ueberzeugung, daß die Abrüstungskonferenz nicht mehr leistungsfähig sei und daß der Völkerbundrats vielleicht bessere Ergebnisse erzielen würde. Wahrscheinlich aber werde die Entschlieung nicht angenommen, möglicherweise überhaupt nicht erörtert werden. Der Genfer Berichterstatter der „Times“ erwähnt zwei Bedenken, die dem von Litwinow geplanten Antrag gegenüber geltend zu machen seien: 1. sei beschloffen worden, die Abrüstungsfrage auf der Völkerverammlung diesmal nicht zu erörtern, weil die Abrüstungskonferenz noch bestünde und weil eine vorzeitige Aussprache ihren Aussichten nur schaden könnte; 2. brauche der Völkerbund keine Besetzung von der Verammlung zu erhalten, da er in der Frage jederzeit selbständige Schritte tun könne, wenn er wolle. Unter diesen Umständen werde Litwinow wahrscheinlich veranlaßt werden, seinen Vorschlag zurückzuziehen.

Italien zwischen Oesterreich, Südslawien und Abessinien.

Die Verhandlungen zwischen Geheimrat von Weizsäcker und Baron Aloisi in Genf über die Frage der Saarpolizei werden weiter fortgesetzt. Sie werden nicht zum mindesten dazu beitragen, das ein wenig gespannte deutsch-italienische Verhältnis zu bessern. Es gibt jetzt vor allem in der Saarfrage eine Menge von Berührungspunkten für beide Völker. Es scheint wirklich, als ob Italien es unter Umständen sogar notwendig haben könnte, nach dem Scheitern seiner Absichten auf Oesterreich, wieder zu einem besseren Verhältnis zu Deutschland zu gelangen. Der italienische Vorschlag für die österreichische Unabhängigkeit scheint am englischen wie am südslawischen Widerstand gescheitert zu sein. Die Engländer haben reflexlos jede Bürgschaft für Oesterreich abgelehnt, nachdem die englische Presse sich bereits seit geraumer Zeit gegen die Uebernahme vertraglicher Pflichten auf dem Kontinent wandte.

Der italienisch-südslawische Gegensatz scheint das italienische Spiel in Genf durchkreuzt zu haben. England lehnte eine Vermittlung ab. Barthou will nichts unternehmen, bevor König Alexander seinen Pariser Besuch beendet hat. Barthou fällt die mehr als undankbare Aufgabe zu, auch jetzt wie überhaupt in der Vergangenheit zwischen Italien und Jugoslawien zu vermitteln. In Belgrad sieht man die italienischen Absichten auf Oesterreich als das an, was sie wirklich sind, der unverhüllte Entschluß Italiens, über Oesterreich die Schutzherrschaft zu gewinnen. Ohnehin haben sich bereits durch den erfolgreichen ungarischen Widerstandsvorstoß, daß Jugoslawien nicht die geringste Lust, einen Ring um sich schließen zu lassen. Man empfindet es in Berlin als höchst bezeichnend, daß von Oesterreich selbst am wenigsten gesprochen wird, sondern daß es sich nur um die Einflusssphären der Großmächte dreht.

Ebenso wenig Klarheit kann man zur Zeit über die italienischen Absichten hinsichtlich Abessinien erhalten. Abessinien ist Völkerbundmitglied. Einmal schon hat Italien in der Vergangenheit bei einem Angriff auf Abessinien eine schwere Niederlage erlitten. Dieser Sieg von Abua wird von den Abessiniern heute noch als Nationalfeiertag gefeiert. Italien verhandelt seit geraumer Zeit mit Frankreich, um die französische Einwilligung für ein aktives Vorgehen in Abessinien zu erlangen. Wenn man auch in Rom offiziös versichert, daß man keine Kriegsabsichten hege, so kann man doch nicht Truppenverschiebungen in den italienischen Kolonien und die Anhäufung von Kriegsmaterial leugnen. Angeblich soll England Italien lieber an den Rücken stellen, als die Japaner. Man kann sich jedoch schwer vorstellen, daß ein so großes Land wie Abessinien unter den heutigen Verhältnissen einfach von Italien mit Beschlag belegt wird. Man scheint jetzt in Rom wieder zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß die italienische Freundschaft den Franzosen halb so viel wert ist, wie die deutsche. Der Wert Italiens wächst mit dem deutschen. Die italienische Freundschaft an sich bei einer deutsch-italienischen Verfeindung ist für die Franzosen halb so viel wert. Baron Aloisi hat dies in Genf und Mussolini in Rom sehr bald merken müssen.

Italien nimmt plötzlich Rücksicht auf Deutschland.

Mailand, 26. September. Der Genfer Vertreter des „Popolo d'Italia“ betont in einer Stellungnahme zu den Genfer Verhandlungen in der österreichischen Frage, Italien verfolge gegenüber Oesterreich auf politischem Gebiet die gleiche Politik wie auf wirtschaftlichem. Auf Wunsch der Wiener Regierung leite es jetzt Schritte ein, um mit den anderen Mächten die Lebensfähigkeit und Selbständigkeit Oesterreichs zu sichern. Der Grundgedanke einer solchen Zusammenarbeit schließe zwar berechnete Vorrechte Italiens aus, aber ebenso die Schädigung einer „anderen an den Genfer Verhandlungen nicht beteiligten Großmacht“ und jeden Gedanken einer Eintreibung Dritter. Wenn man wirklich friedliche Ziele verfolge, müsse man dem deutschen Nachbarn Rechnung tragen und jede Zurücksetzung Deutschlands vermeiden.

Aehnlich erklärt „Corriere della Sera“, daß das Abkommen über Oesterreich nicht den Charakter einer Eintreibung Deutschlands tragen dürfe. Der Genfer Vertreter der „Stampa“ schreibt, es sei zu befürchten, daß in Genf keine Klärung der österreichischen Frage erzielt werde, obwohl jeder Aufschub schädlich sei. Eine pessimistische Stimmung herrsche leider auch hinsichtlich der Saarpolizei-Verhandlungen, ein gutes Zeichen sei jedoch, daß der deutsche Gesandte in Bern mit dem Dreierauschuß in Genf in Fühlung getreten sei.

Abkommen über den deutsch-italienischen Zahlungsverkehr.

Im Auswärtigen Amt wurde vom italienischen Botschafter Cerruti und dem Direktor im italienischen Korporationsministerium, Anzilotti, einerseits und dem österreichischen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Köpfe, und dem Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium, Hagemann, andererseits, ein Abkommen über die Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen Deutschland und Italien unterzeichnet.

Durch dieses Abkommen, das am 1. Oktober 1934 in Kraft treten wird, werden alle im Warenverkehr zwischen Deutschland und Italien zu leistenden Zahlungen einem Berechnungsverfahren unterworfen, an das die Einführer und Ausfuhrer in den beiden verhandelnden Ländern gebunden sind. Die beiden Regierungen hoffen, daß durch den Abschluß dieses Abkommens die aus den Devisenwertigkeiten sich ergebenden Hemmnisse für den beiderseitigen Warenverkehr nach Möglichkeit eingeschränkt werden.

Gleichzeitig mit dem Berechnungsabkommen ist eine Vereinbarung über die Gleicherung des Reiseverkehrs zwischen den beiden Ländern getroffen worden.

Englische Besorgnisse über die Entwicklung der Lage in Ägypten.

London, 27. September. (Fig. Funkmeldg.) Ueber die möglichen Folgen der Erkrankung des Königs Ruad berichtet „Daily Herald“. Die Erkrankung sei ernster, als angenommen wurde. Wie das Blatt merkt, würde ein italienischer Spezialist aus Raizo nach dem königlichen Sommerpalast in Montatah gerufen. In London herrsche große Sorge, weil der Tod des Königs eine schwierige Lage schaf-

fen würde. Seit der Vertreibung des Ministerpräsidenten Sidki-Pascha vor einem Jahr sei Ägypten unter der Herrschaft einer Art „Bolschewistik“ gewesen. Diese Diktatur sei mit dem Nachlassen der Gesundheit des Königs allmählich schwächer geworden. Um falls seines Todes würde der 14jährige Prinz Farouk König werden. Dies würde eine Regenschatt unvorhersehbar machen, und das jetzige Regierungssystem würde zusammenbrechen. Entweder müsse dann Großbritannien wieder offen die Vormundschaft über Ägypten übernehmen oder man müsse zum System der parlamentarischen Regierungen zurückkehren.

Afghanistan in den Völkerbund aufgenommen.

Genf, 27. September. (Fig. Funkmeldg.) Kurz nach 10 Uhr trat heute vormittag die Vollversammlung des Völkerbundes wieder zusammen. Afghanistan wurde mit 47 Stimmen, das heißt einstimmig, in den Völkerbund aufgenommen. Als zweiter Punkt der Tagesordnung ist der Brief Litwinows an den Präsidenten der Vollversammlung angeführt, der sich mit dem Stand der Abrüstungsfrage befaßt. Daran anschließend soll über Ausschüsseberichte abgehandelt werden.

Wo steht Trotski?

Paris, 27. Sept. (Fig. Funkmeldg.) Zu den Gerüchten, wonach sich Trotski zur Zeit in Spanien aufhalte, erklärt der „Matin“, der frühere sowjetrussische Volkskommissar habe tatsächlich Frankreich nicht verlassen, weil ihm kein Land die Ausreisegenehmigung erteilen wolle.

Ein deutsch-polnisch-sowjetrussisches Roggenabkommen.

Zwischen Vertretern Deutschlands, Polens und der Union der Sowjetrepubliken haben in Warschau Verhandlungen über eine gemeinsame Regelung der Ausfuhr von Roggen und Roggenmehl zur Verapflerung eines Abkommens zwischen den drei Ländern geführt. Hierdurch tritt die Union der Sowjetrepubliken dem deutsch-polnischen Getreideabkommen vom 1. August 1934 hinsichtlich der Ausfuhr von Roggen und Roggenmehl bei. Das deutsch-polnische Abkommen ist aus diesem Anlaß entsprechend ergänzt und ausgebaut worden. Der Beitritt der Union der Sowjetrepubliken wird wirksam durch Bestätigung der Regierung der Sowjetrepubliken.

Neuer sensationeller Polizeistandal in Paris?

Der Mordfall du Fremmes. — Neuer Enthüllungsfeldzug der „Action Française“.

Paris, 27. September. (Fig. Funkmeldg.) Paris hat wieder eine Sensation, und zwar in Gestalt des Mordfalles du Fremmes, der zur Zeit untersucht wird und mit dem zwar noch nicht erledigt, aber etwas abgeklärten Fall Prince in Wettbewerb zu treten verpricht. Wie im Falle Prince beginnt auch hier das Bestreben sich geltend zu machen, eine Aktualitätsangelegenheit in den Bereich der inderpolitischen Ämpter einzubeziehen. Du Fremmes, der Pariser Stadtorde und Direktor eines großen Varietés war, wurde vor Jahresfrist in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. In großer Aufmachung beschuldigt heute nun die „Action Française“ den Sohn des Abgeordneten Maloy als Mörder an du Fremmes. Der Abgeordnete Maloy ist als Vorsitzender des Finanzausschusses der Kammer herorgetreten. Sein Sohn soll, wie das Blatt behauptet, ebenso wie du Fremmes besonders veranlagt gewesen sein. Bei einem Streit zwischen den beiden sei Maloy von du Fremmes schwer verletzt worden und habe darauf den Stadtordeordneten gewissermaßen in Notwehr getötet. Maloy jun. selbst sei dann in eine Pariser Privatklinik gebracht worden. Das Schwebende des behandelnden Arztes habe man mit 400 000 Francs erkaufte. Heute besinde sich der Sohn Maloy in einem kleinen Ort in der Nähe von Paris, wo er seiner endgültigen Genesung entgegengehe. Die „Action Française“ ist das einzige Blatt, das diese Behauptung bringt. Es führt außerdem noch eine Reihe von Auslassungen der Unterjochung des Falles an, die nach Ansicht des Blattes beweisen sollen, daß gewisse Polizeibeamte getauft worden seien, um zu verhindern, daß das Geheimnis um den Tod von du Fremmes geläufig werde.

Eine Krankenschwester, die im Verlauf des heutigen Donnerstags vernommen werden soll, hat erklärt, sie kenne den Mörder von du Fremmes, denn sie sei eine Freundin der Krankenschwester, die Maloy in der Klinik gepflegt habe. Sie hat ferner am Mittwoch Klage gegen zwei unbekannt angeblische Polizeinspektoren erhoben, die sie in der Nähe ihrer Wohnung angehalten und aufgefordert hätten, sich nicht mehr um die Angelegenheit du Fremmes zu kümmern. Man habe sie gezwungen, einen Brief an den Untersuchungsrichter zu schreiben, in dem sie ihre Dritten gegenüber gemachten Aussagen widerrufen. Verweigerung sie den Widerruf, so werde man sie in eine Irrenanstalt einsperren.

In Spanien ist dieser Tage ein gewisser Baborie unter dem Verdacht des Mordes an du Fremmes verhaftet worden. Nun hat am Mittwoch Babories Vater erklärt, ein gewisser Polizeinspektor Malo sei bei ihm in der Wohnung erschienen und habe ihm den Rat gegeben, er solle seinen Sohn erschlehen, denn dieser habe die Absicht geäußert, seinen Vater zu ermorden. In den Kreisen, aus denen die Enthüllungen der „Action Française“ stammen, legt man dies so aus, daß die Polizei ein Interesse an der Beilegung Babories habe, um dann erklären zu können, er habe sich aus Furcht vor der Strafe das Leben genommen.

Einstweilen erscheint der von der „Action Française“ in fetten Ueberschriften aufgemachte Fall noch recht unklar und verworren. Allerdings haben die Polizeistandale in der letzten Zeit die Öffentlichkeit so sehr beschäftigt, daß man von nichts mehr übertrakt sein würde. Jedenfalls erwartet man, daß die heutige Vernehmung der Hauptzeugen, nämlich der erwähnten Krankenschwester, etwas Licht in das Dunkel bringen und vor allem Klarheit darüber schaffen wird, ob an den außerordentlich schweren Beschuldigungen der „Action Française“ etwas Wahres ist.